

BÜRGER **INFO** RMATION FÜR LINKENHEIM-HOCHSTETTEN

blickpunkt

Ausgabe Oktober 2023



Besichtigung der Geothermie- bohrstelle Graben-Neudorf

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



die Bundesregierung hat sich im Streit über das Gebäudeenergiegesetz, die Kindergrundsicherung und das Wachstumschancengesetz in die Sommerpause verabschiedet. Kaum wieder zurück in Berlin ist mit das Erste, was beschlossen wurde das Selbstbestimmungsgesetz, wonach sich jede Person umentscheiden kann, welches Geschlecht sie im Ausweis stehen haben will und dies auch innerhalb von einem Jahr wieder rückgängig machen oder erneut ändern kann. Aber das ist ja noch nicht alles. Gleichzeitig wird über die Einführung eines Brezelwerbverbots beraten und das im zeitlichen Kontext der Legalisierung von Cannabis. Darüber hinaus wird bei den Bundesjugendspielen das Punktesystem abgeschafft, um eine Wettkampfsituation zu vermeiden. Sagt mal, habt ihr sie noch alle???

Wir haben eine Inflationsrate von rund 6%, überall fehlt es an (bezahlbarem) Wohnraum, wir haben keine Lösung, wie wir mit der Flüchtlingskrise umgehen sollen, unsere Energieversorgung steht auf wackligen Beinen und die Wirtschaft ächzt unter einer handfesten Konjunktur- und Konsumkrise. Und alles, was die Ampelkoalition macht, ist sich mit Themen zu beschäftigen, die zumindest in meiner persönlichen Prioritätenliste für unser Land sehr weit hinten stehen.

„Deutschland schafft sich ab“, hat Thilo Sarrazin sein im Jahr 2010 erschienen Buch genannt. Daraus wird zunehmend Realität. Ich vermeide das eigentlich zu sagen, aber Deutschland versucht die Welt zu retten. Ich kann diese Ambition sogar nachvollziehen, allerdings muss man dann auch global denken und handeln. Die Bundesregierung aber macht ihr eigenes Ding und um uns herum machen alle fröhlich weiter, wie bisher, mit der Folge, dass es Deutschland immer schlechter geht und dem Rest der Welt nicht besser.

Ich nehme als Beispiel das Gebäudeenergiegesetz oder besser bekannt als Heizungsgesetz. Abgesehen von dem ewigen Streit darüber führt es dazu, dass bestimmte Technologien quasi verboten werden und man sich auf die Wärmepumpe, sowie Nah- und Fernwärmenetze festlegt. Begründung unter anderem, wenn wir unsere CO₂-Einsparziele nicht erreichen, verfehlen wir das 2°-Ziel. So ein Unsinn! Selbst wenn wir die nationalen CO₂-Einsparziele erreichen, ist das globale 2°-Ziel noch in weiter Ferne. Weil erstens unser Anteil am Gesamt-

ausstoß viel zu gering ist und weil unsere auf Deutschland beschränkte Denkweise den Rest der Welt oder zumindest Europas nicht abholt und mitnimmt. Wenn wir nämlich gut funktionierende Technologien verbieten, anstatt die Verbesserung dieser Technologien anzureizen, dann bleibt deren Entwicklung stehen. Gut, wir in Deutschland dürfen sie ja nicht mehr nutzen. Aber alle anderen Länder schon. Und da dort die Umweltstandards deutlich geringer sind – außerhalb Europas noch mehr als innerhalb – werden diese Technologien auf dem alten Stand weitergebaut und vertrieben und dem globalen Klima ist überhaupt gar nicht geholfen.

Dass das besser geht, haben wir in Deutschland schon bewiesen. Ein Beispiel: wer redet heute noch vom sauren Regen? Richtig, niemand. Das liegt daran, dass man in den 80-er Jahren der Energie- und Automobilindustrie deutlich geringere Emissionsgrenzwerte vorgeschrieben und dadurch einen Anreiz für technologische Entwicklungen geschaffen hat. Durch die Entwicklung von Abgasbehandlungsanlagen, unter anderem den Katalysator und Effizienzsteigerungen bei den Motoren und Kraftwerksanlagen hat man den Ausstoß der Luftschadstoffe und gleichzeitig den Brennstoffverbrauch reduziert. Diese Weiterentwicklungen kamen auch in anderen Ländern zum Einsatz und aus der nationalen Entwicklung wurden globale Vorteile! Warum geht das heute nicht mehr? Warum wird nur noch über Verbote geredet und der Entwickler- und Forschergeist, der uns in Deutschland groß gemacht hat, regelrecht erstickt? Aber das ist ja leider noch nicht alles. Die deutsche Wirtschaft leidet schwer unter diesen katastrophalen Rahmenbedingungen und die Unternehmen wandern ab, wenn sie groß genug sind. Die mittelständischen Unternehmen können das nicht und bluten langsam, aber sicher aus. Wenn die Bundesregierung so weiter macht, dann wird Thilo Sarrazin recht behalten, wobei das sicher nicht die Intention seines Buches war, er wollte bestimmt eine Veränderung anstoßen. Leider kam es anders...aber so darf es nicht bleiben!

Ihr Andreas Stampfer

Die Elwetritsch



In den letzten Jahren dominierte die Haubenlerche die hiesige Presse. Sowohl in der Rhein-schau als auch im Internet wurde sehr viel über diesen Vogel berichtet. Dabei geriet aber ein anderes Tier völlig in Vergessenheit, das über viele Jahre die Aufmerksamkeit der Linkenheimer und Hochstetter auf sich lenkte. Die Rede ist von der Elwetritsch. Ein seltsam wirkendes Vogel-tier, eine Kreuzung aus Huhn, Gans und Ente, so sagt man. Es erreicht eine Größe von bis zu 50 cm und hat eine Lebenserwartung von 5-7 Jahren. Bevorzugt ernährt es sich von Amphibien. Diese fettreiche Nahrung führt aber zu starken Talgablagerungen in den Füßen, weshalb dieser Vogel leider fluguntauglich ist. Ein weiteres Problem der Elwetritsch ist die Nachkom-menzeugung. Wie jede andere Vogelart legt auch sie Eier. Allerdings ist nur in jedem hundertsten Ei ein Weibchen. Somit existiert ein enormer Überschuss an männlichen Zeitgenossen, was die Reproduktion ziem-lich erschwert. Von Experten wird dieser Umstand aber auch als Erklärung herangezogen, wieso Elwetritschen so selten sind. Die männlichen Elwetritschen sind Einzelgänger und leben in kleinen Höhlen, bevorzugt in Wurzeln umgestürzter Bäume. Der Fortpflanzungs-trieb beginnt meist mehrere Tage vor lauen Vollmond-nächten und auch nur dann, wenn es wolkenlos ist, da das helle Mondlicht die in dieser Sache eher trägen Weibchen zur Fortpflanzung stimuliert.

Es ist sehr ruhig um diese heimische und sehr seltene Vogelart geworden. Tatsächlich liegt die letzte offiziell bestätigte Sichtung einer Elwetritsch auf badischem Gebiet nun schon fast fünf Jahrzehnte zurück. Auf-grund der damaligen Zeugenaussagen konnte die Exis-tenz eindeutig bewiesen werden. Allerdings waren sich die beiden, nach Kümmerling riechenden Zeugen bei der Farbe des Gefieders nicht einig. Während der eine Zeuge die Elwetritsch als ca. 50 cm großen Vogel mit braun-grünem Gefieder beschrieb, meinte sich der an-dere Zeuge an braun-blaue Federn erinnern zu können und schätzte den Vogel auf maximal 30 cm Größe. Bei-de waren sich jedoch darin einig, dass der Vogel auffäl-lig große Ohren und einen Entenschnabel hatte. Die Merkmale identifizierten somit zwar eindeutig eine El-wetritsch, aber die Experten waren sich anschließend nicht sicher, ob es sich um die nordbadische oder die südpfälzische Gattung handelte. Auch eine Kreuzung aus beiden Gattungen war nicht auszuschließen. Seit-dem gab es nun keine weitere bestätigte Sichtung mehr, wodurch der Vogel fast gänzlich in Vergessenheit geriet. Die veränderten klimatischen Bedingungen in der Hardt machten auch dieser Vogelart zu schaffen. So mancher Ornithologe zählte sie schon zu den ausge-storbenen Vogelarten. Aber nun gibt es berechtigt

Hoffnung. Der Grund liegt in der sprunghaft anwach-senden Ochsenfroschpopulation in und um unsere hie-sigen Baggerseen, die als invasive Amphibienart eine mehr als sättigende Delikatesse für die scheuen Elwe-tritschen darstellt. Und tatsächlich, Anfang dieses Jah-res gab es eine erste, bisher unbestätigte Sichtung, ei-nes ortsansässigen Anglers, die auf eine Rückkehr der Elwetritsch hoffen lässt. Tatsächlich existiert mittler-weile ein Nahrungsüberangebot, was sich auch positiv auf den Wuchs des Vogels auswirken dürfte. Die Exper-ten schließen eine Verdopplung an Größe und Gewicht nicht aus. Die Anzahl an bisher leider noch unbestätig-ten Sichtungen nahm Anfang Juli stark zu. Ein Zusam-menhang mit dem zu dieser Zeit stattgefundenen Dorffest kann weder bestätigt noch ausgeschlossen werden, muss allerdings bei der Glaubwürdigkeitsbe-trachtung mitberücksichtigt werden. Bis heute liegen uns die Ergebnisse der zur Existenzbestätigung beauf-tragten Ornithologen noch nicht vor.

Wenn ihr als Leser dieses Artikels bis zu dieser Stelle durchgehalten habt, dann bin ich euch dankbar. Ich möchte euch gerne erzählen, wieso ich dieses Thema gewählt habe. Mir ist wichtig, dass ortsgeschichtliche Erzählungen erhalten bleiben, und zwar unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. In der heutigen Zeit ist die Flut an Informationen so groß, dass historisches Wis-sen schnell verloren geht. So auch die Geschichten zu den Elwetritschen, die mir mein Opa damals erzählte. Als kleiner Junge war mir der Wahrheitsgehalt nicht bewusst, was mich immer hoffen ließ, tatsächlich eine Elwetritsch eines Tages zu sehen und wer weiß, viel-leicht gibt es sie ja wirklich? So gibt es noch viele Ge-schichten, die über unsere Gemeinde zu erzählen sind. Viele dieser Geschichten sind in den Köpfen unserer älteren Einwohner vorhanden und drohen somit für immer verloren zu gehen. Genau deshalb bin ich unse-rem Heimatverein hier im Ort sehr dankbar. Ihr helft dieses Wissen zu konservieren und für nachfolgende Generationen zu bewahren. Ihr leistet eine tolle Arbeit und jeder sollte sich mal die vielen Geschichten auf eurer Homepage www.heimathaus-zehntscheuer.de durchlesen oder auch mal im Heimathaus Zehntscheu-er in der Karlsruher Str. 6 vorbeischaun und dort die Ausstellungsstücke und Bilder aus früheren Tagen be-gutachten. Großartig ist auch eure aktuelle Aktion „Sprechende Bänke“. Durch die QR-Codes auf un-terschiedlichen Sitzbänken in unserem Gemeindegebiet kann man sich interessante Geschichten aus der Ver-gangenheit anhören. Macht bitte weiter so und viel-leicht habe ich euch eine Anregung gegeben, auch mal etwas über die Elwetritsch zu verfassen. Es gibt be-stimmt Leser dieses Beitrags, die selbst einmal Ge-schichten über die Elwetritschen von ihren Verwand-ten gehört haben. Schreibt sie auf, erzählt sie weiter und helft mit, dass solche Erinnerungsstücke nie verlo-ren gehen.

Matthias Braun

Meine Gedanken zum geplanten S-Bahnausbau



Unser Dorf wird stetig größer und damit verbunden auch seine Infrastruktur. Der Wunsch einiger Bürger und Bürgerinnen nach einem S-Bahnausbau wächst demzufolge.

Sicher gibt es hierfür Gründe, wie z. B. eine bequeme Durchfahrt von Karlsruhe über Linkenheim-Hochstetten zum DB-Bahnhof Graben-Neudorf, um von dort gezielt und einfach beispielsweise nach Bruchsal und weitere Ortschaften und anliegende Städte zu gelangen.

Eine weitere positive Auswirkung hätte die Erweiterung für die Jugend und für jene, welche auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Denn mit dieser Verbindung wäre ein praktischer und durchgängiger Transfer möglich.

Wie aber bei vielen anderen Themen hat eine Straßenbahnerweiterung auch negative Aspekte und Auswirkungen. Für mich sind diese ganz klar: Die Wegnahme von Fläche und den dadurch entstehenden Eingriff in die Natur!

Gerade in der heutigen Zeit ist es umso mehr sehr wichtig, unsere Natur weitestgehend zu erhalten, zu schützen und unbedingt zu bewahren.

Der Ausbau des Schienennetzes würde meiner Meinung nach zu viel Raum und Fläche in Anspruch nehmen. Ackerland sowie Wald und Wiese würden der Erweiterung zum Opfer fallen.

Da die Verbindung wie bisher mit dem Bus ausbaufähig ist, würde ich diese Variante in Betracht ziehen. Konventionelle Busse werden zu gegebener Zeit vermutlich ohnehin durch moderne E-Busse ersetzt. Des Weiteren könnten Fahrpläne den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Auch stelle ich in meinem privaten Alltag fest, dass die Verbindung z. B. nach Graben-Neu-

dorf sehr wenig genutzt wird, so dass ich den Sinn und die Notwendigkeit eines weiteren S-Bahnausbau in Frage stelle.

Nicht außer Acht lassen möchte ich auch die enormen Kosten, die dadurch sicherlich entstehen würden. Ebenso gebe ich den Entscheidern den sehr hohen Zeitaufwand einer Fahrt von z. B. Karlsruhe nach Graben-Neudorf zu bedenken.

Alles in allem könnte man den Bedarf des bereits schon vorhandenen Bussystems adäquat verändern zum Schutz unserer Natur, deren Bewohnern und uns Menschen.

„Was wir heute tun entscheidet darüber, wie die Welt morgen aussieht“ - Marie von Ebner.

Carolin Odenwald

Besichtigung der Geothermiebohrstelle Graben-Neudorf



Energie- und Wärmewende sind Themen, die schon lange in der Bundes- und Landes-, aber auch zunehmend in der Kommunalpolitik Einzug ins Tagesgeschäft gehalten haben. So war es für die CDU Linkenheim-Hochstetten logisch, sich vor Ort ein Bild zu machen, von einem der größten Wärmewendeprojekte im Landkreis, der Geothermiebohrstelle in Graben-Neudorf.

Dort angekommen wurden wir freundlich von Frau Keil, einer Mitarbeiterin der Deutschen Erdwärme, empfangen und im Informationsgebäude mit den Grundlagen der Geothermie vertraut gemacht. Von Informationen zur Geologie des Geothermiefeldes über Grundwasserschutz, seismische Überwachung bis hin zu Bohrtechnik und Anwendung der gewonnenen Wärmeenergie aus rund 4.000 Metern Tiefe war alles dabei und umfassend dargestellt.

Dort angekommen wurden wir freundlich von Frau Keil, einer Mitarbeiterin der Deutschen Erdwärme, empfangen und im Informationsgebäude mit den Grundlagen der Geothermie vertraut gemacht. Von Informationen zur Geologie des Geothermiefeldes über Grundwasserschutz, seismische Überwachung bis hin zu Bohrtechnik und Anwendung der gewonnenen Wärmeenergie aus rund 4.000 Metern Tiefe war alles dabei und umfassend dargestellt.

Natürlich haben wir auch zahlreiche Fragen mitgebracht, die sich nicht zuletzt um die Erdbebengefahren gedreht haben, aber auch um die Ergiebigkeit des Geothermiefeldes und die Leistungsfähigkeit der späteren Anlage für die Region.

Alles in allem war es ein interessanter Besuch, bei dem uns Frau Keil fundiert einige im Raum stehende Kritikpunkte versachlichen konnte. Jedoch erschien der Zeitplan ambitioniert. Im Jahr 2026 soll die Anlage in Betrieb gehen und die Region mit Wärme und Strom versorgen. Wobei die zweite Bohrung erst im nächsten Jahr starten soll und ein Kraftwerk für die Stromerzeugung

ZIMMEREI
RATZEL
Für Sie mit Leidenschaft

Gewerbering 23 | 76351 Linkenheim-Hochstetten
Telefon 07247 4862 | www.zimmerei-ratzel.de

gung noch geplant, bestellt und gebaut werden muss. Gleiches gilt für die so genannte Backbonewärmeleitung, die von Graben-Neudorf über Bruchsal nach Bretten führen soll.

Wir konnten außerdem mitnehmen, dass sowohl beim Prozess der Wärmeabgewinnung als auch bei der Erdbebenüberwachung sehr sensibel agiert wird, um seismische Ereignisse erst gar nicht auszulösen. Diese können jedoch durch die hochempfindliche Messtechnik frühzeitig erkannt werden, noch bevor diese an der Erdoberfläche für die Menschen überhaupt wahrnehmbar sind. Sollten Erdschwingungen gemessen werden, die auf den Anlagenbetrieb zurückführbar sind, wird die Leistung der Anlage über das Steuerungssystem entsprechend reduziert oder heruntergefahren. Dennoch schließen wir uns den Forderungen der CDU-Landtagsfraktion an, dass das Bundesland-Baden-Württemberg Ausfallbürgschaften für etwaig auftretende von Geothermieprojekten verursachte Schäden übernehmen soll.

Aber unabhängig von all diesen Punkten ist eine stetige und CO₂-freie Wärmeabgewinnung zu erwarten, die einen wesentlichen Beitrag in der Region leisten kann. Entscheidend wird sein, welche Wärmeleistung später zur Verfügung steht. Auf die Ergebnisse der Förder-tests der ersten Bohrung, die Aufschlüsse dazu geben können, kann man gespannt sein. Die vorgefundenen Temperaturen von über 200 °C sorgen bei der Deutschen Erdwärme jedenfalls für Zuversicht.

Schade, dass Linkenheim-Hochstetten nicht von der Wärme profitieren kann. Wir werden uns vor Ort mit dezentralen Lösungen behelfen. Das Neubaugebiet Nußbaumhecken wird hier als Pionier mit einer Quartiersenergieversorgung dienen. Gemeinderat und Verwaltung arbeiten bereits daran.

Gunther Hofmann

Das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG)



Der Bundestag hat am 8. September 2023 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP das nicht nur politisch, sondern auch in der Bevölkerung sehr umstrittene Gebäudeenergiegesetz von Wirtschaftsminister Robert Habeck verabschiedet.

Grundsätzlich soll mit dem GEG der Klimaschutz vorangetrieben werden, um die Energiewende im Gebäudesektor zu beschleunigen. Es soll Vermieterinnen und Vermieter motivieren, in die Energieeffizienz ihrer Gebäude zu investieren und den Umstieg auf erneuerbare

Energien verbindlich machen. Dieser Wandel ist im Grundsatz auch nicht verwerflich, jedoch sind der Weg bzw. die Durchführung diskussionswürdig.

Doch was bedeutet dies für uns als Bürgerinnen und Bürger nun und was kommt auf uns zu? Im Folgenden möchte ich Ihnen hier einen Einblick geben und auf die wesentlichen Änderungen hinweisen.

Die wichtigste Frage in diesem Zusammenhang scheint zu sein, ob es ab Januar 2024 Pflicht ist, eine neue Heizungsanlage in bestehende Objekte einzubauen. Hier gibt es eine klare Antwort: NEIN! In Altbauten sowie in Neubauten in bestehenden Wohngebieten greift die Pflicht erst dann, wenn die kommunalen Wärmepläne von den Städten und Gemeinden veröffentlicht wurden (ab einer Einwohnerzahl von 100.000 Einwohner muss die Wärmeplanung bis zum Jahr 2026 erfolgen, alle anderen Städte und Gemeinden haben hierfür bis 2028 Zeit).

Für Neubauten ab 2024 gilt jedoch, dass eine neue Heizung zu mindestens 65% mit erneuerbaren Energie betrieben werden muss. Diese Anforderung kann z.B. durch Wärmepumpen, den Anschluss an ein Wärmenetz, Biomasseheizung oder Heizungen auf Basis von Solarthermie erfüllt werden. Auch Hybridheizungen sind hier möglich.

Ebenfalls besteht keine sofortige Austauschpflicht bei bestehenden Heizungen. Diese dürfen weiterlaufen und auch repariert werden. Die einzige Ausnahme hierbei besteht jedoch für Öl- oder Gasheizungen, die älter als 30 Jahre sind, diese müssen in der Regel ausgetauscht werden. Dies gilt auch, wenn die Heizung plötzlich und unwiederbringlich ausfällt.

Als Enddatum für die Nutzung fossiler Brennstoffe (Erdgas und Heizöl) in Heizungen ist der 31.12.2044 vorgesehen.

Damit dieser Wandel eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung erhält, werden derzeit umfangreiche Fördermöglichkeiten geplant. Hier ist jedoch bis zum heutigen Tage noch kein Beschluss gefasst. Sobald uns hierzu nähere Informationen vorliegen werden wir Sie an dieser Stelle informieren.

Daniel Schneider

Duschkabinen
JOACHIM WALTER
 GLASHANDLUNG

Gewerbering 35
 76351 Linkenheim-Hochstetten
 Telefon (0 72 47) **53 35**
www.glas-walter.de

Großer Ausstellungsraum

GLAS

Die 112



Es gibt eine Telefonnummer in Europa, welche wohl jeder mit einem komischen Gefühl im Bauch wählt: die 112. Die Eingabe der Zahlen auf der Tastatur des Telefons ist für viele mit Angst und Hilflosigkeit verbunden.



Kurz zu uns beiden, wir sind Dominic Heuser und Elisabeth Wauk, kommen beide aus Linkenheim-Hochstetten und sind seit einigen Jahren in der ARGE Notfallhilfe tätig.

Was passiert eigentlich genau, wenn man die 112 wählt? Mit der Wahl der 112 wird man mit

der ILS (Integrierte Leitstelle) in Karlsruhe verbunden. Die Disponenten, welche sich aus Kollegen von Rettungsdienst und Feuerwehr zusammensetzen, wählen nach gezielten Abfragen das nächste verfügbare Rettungsmittel, welches dem Einsatz hinzugezogen wird und schnellstmöglich zum Einsatzort fährt. Schnellstmöglich ist ein Begriff, welcher sich für jeden Einzelnen und der jeweiligen Situation unterschiedlich anfühlt.

Wie lange darf der Rettungswagen mit Sondersignal benötigen? Man spricht hier von der sogenannten Hilfsfrist, diese variiert in den einzelnen Bundesländern. Die Hilfsfrist für Baden-Württemberg ist im Rettungsdienstgesetz (§ 3 Abs. 2 Satz 4, 5 RDG BW) geregelt und soll nicht mehr als 10, höchstens 15 Minuten ab Eingang des Notrufs bis zum Eintreffen eines geeigneten Rettungsmittels an einem an einer Straße gelegenen Notfallort betragen. Dabei soll die Hilfsfrist in 95 % aller Fälle eingehalten werden.

Wir liegen mit unserer Gemeinde sehr zentral, was die Entfernung zwischen den Kliniken in Karlsruhe und Bruchsal betrifft und können grundsätzlich durch drei Rettungswachen Bereich Süd (Karlsruhe/Ettlingen und Blankenloch) bedient werden. Dennoch sind für die Betroffenen die Minuten bis zum Eintreffen des Rettungs-

dienstes oft quälend lang und auch 10 Minuten bis zum Eintreffen können über den Verlauf des Gesundheitszustandes entscheiden.

Genau an diesem Punkt kommen Dominic und ich ins Spiel. Wie bereits oben erwähnt, gehören wir beide der ARGE Notfallhilfe tätig an. Diese ist heute eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem DRK Linkenheim und der Freiwilligen Feuerwehr Linkenheim-Hochstetten. Im Jahr 2001 wurde diese Arbeitsgemeinschaft gegründet, um diese Hilfsfrist zu überbrücken und mit lebensrettenden Sofortmaßnahmen beginnen zu können.

Nach dem Anruf bei der Leitstelle und einigen Fragen durch die Disponenten bekommen die Helfer einen Alarm mit Angaben wie Meldebild, einigen Randdaten und der Adresse. Nun stellt sich bestimmt so Mancher die Frage, ob das sinnvoll ist. Hierzu müssen wir einen kleinen Abstecher in die Medizin machen. Erleidet ein Patient einen Kreislaufstillstand sinkt seine Überlebenschance mit jeder Minute um 10% (!).

Da im Falle eines Kreislaufstillstandes eine adäquate Sauerstoffversorgung im Körper nicht mehr gegeben ist, sterben bereits nach 3-5 Minuten Gehirnzellen ab, dieses Absterben ist irreversibel und führt zu irreparablen Hirnschäden. Ich gehe davon aus, dass nun jedermann klar ist, dass die Überlebenschancen mit 10-15 Minuten Hilfsfrist recht gering sein können.

Was kann da die Notfallhilfe ausrichten? Sie ist ein wichtiges Glied in dieser Rettungskette. Sie überbrückt die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes und kann gerade im Falle eines Kreislaufstillstandes mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung starten, um so die Sauerstoffzirkulation im Körper wiederherzustellen. Dies erhöht die Überlebenschance des individuellen Patienten deutlich. In der Regel sind die Helfer nach 3-5 Minuten nach Absetzen des Notrufs beim Patienten.

Die Helfer sind medizinisch gut ausgebildet und die Ausstattung ähnelt, abgesehen der Transportmöglichkeit, dem des Rettungsdienstes. Neben Verbandsmaterial verfügt das Fahrzeug unter anderem über einen EKG mit Defibrillator, Sauerstoff und eine Kindernotfalltische und ist so für jeden Notfall gut gerüstet.

Linkenheim-Hochstetten war damals vor über 20 Jahren die erste Gemeinde, welche eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem DRK und der Freiwilligen Feuerwehr gründete. Und was anfangs vielleicht anfangs noch etwas belächelt wurde, hat sich zu einem absoluten Erfolgsmodell innerhalb unserer Gemeinde etabliert. Heute verfügen viele Orte über eine Notfallhilfe, vielerorts auch als First-Responder bekannt, aber unsere Konstellation hier im Ort ist nach wie vor eine absolute Rarität.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass wir hier im Ort sehr gut aufgestellt sind. Die Notfallhilfe ist rund um die Uhr 356 Tage im Jahr für unsere Bürger da.

Elisabeth Wauk, Dominic Heuser

JETZT URLAUB BUCHEN!

Mieten Sie Ihr individuelles Campingabenteuer ab sofort bei Kirschbaum Freizeitmobilie in Linkenheim-Hochstetten. Einfach online Wunschfahrzeug aussuchen, reservieren oder direkt buchen auf www.freizeitmobilie-kirschbaum.de

KIRSCHBAUM FREIZEITMOBILE - IHR VERTRAGSHÄNDLER FÜR SUN LIVING WOHNMOBILE UND ADRIA WOHNWAGEN

KIRSCHBAUM FREIZEITMOBILE | Daniel Kirschbaum
Carl-Benz-Straße 3 · 76351 Linkenheim-Hochstetten
Fon 07247 7026 · freizeitmobilie-kirschbaum.de

400 Millionen Euro für ein neues Landratsamt – geht's noch?



So oder so ähnlich wurde ich in den vergangenen Monaten immer wieder angesprochen.

Tatsächlich hat am 5. Oktober 2023 der Kreistag mit großer Mehrheit dem Neubau des Landratsamtes an alter Stelle, mitten in Karlsruhe, am Ettlinger Tor zugestimmt. Dabei entfallen von den insgesamt 63.118 qm Bruttogeschossfläche lediglich 42 % der Fläche allein auf die Landkreisverwaltung. Der Rest ist langfristig vermietet, z.B. an die UKBW-Akademie, die Verwaltungsakademie oder das Arbeitsmedizinische Zentrum Karlsruhe. Auch gibt es eine Tiefgarage mit über 200 Stellplätzen unter dem Gebäudekomplex, die vermietet und von einem externen Dienstleister betrieben werden soll. All diese Flächen für Vermietungen machen den Bau so groß und so teuer. Zugleich tragen diese Vermietungsflächen zur Wirtschaftlichkeit des Projektes bei. Logisch – wer ein großes, wertvolles Grundstück in zentraler Lage besitzt, der baut auch nicht nur eine Garage darauf, sondern nutzt das Grundstück wirtschaftlich aus, baut und vermietet.

Dennoch sind 390 Millionen Euro sehr viel Geld. Für den Landkreis Karlsruhe mit seinen rund 450.000 Kreiseinwohnern wird das Bauprojekt am Ettlinger Tor in den kommenden 32 Jahren bis 2060 eine durchschnittliche Mehrbelastung von 4,8 Mio. Euro pro Jahr mit sich bringen. Immer noch viel Geld. Aber es gilt dabei auch zu bedenken, dass der Landkreis Karlsruhe ein jährliches Haushaltsvolumen allein im ordentlichen Ergebnis von rund 600 Millionen Euro hat.

Für uns Kreistagsmitglieder geht es bei diesem Projekt vor allem darum, für rund die Hälfte der über 2.000 Mitarbeitenden des Landkreises Karlsruhe neue Büroräume zu schaffen. Die sind nötig, auch bei Berücksichtigung von Homeoffice, Digitalisierung und gemeinschaftlich genutzten Flächen. Mehrere Jahre lang haben das die Ausschüsse des Kreistages ausführlich diskutiert.

Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, das in die Jahre gekommene frühere Badenwerkgebäude zu sanieren. Aufgrund der verbauten Schadstoffe hätte aber das gesamte Gebäude bis auf das tagende Stahl-Betongerippe zurückgebaut werden müssen, um dann entlang dieses alten Skelettes neu zu entstehen. Weder die Gerippe, noch die Fundamente des alten Hochhauses hätten statisch eine moderne Wärmeverbundfassade, Kabelführungen und zeitgemäße Technik tragen können. Von Geschosshöhe oder Brandschutzvorgaben für Flucht- und Rettungswege oder der Wirtschaftlichkeit ganz zu schweigen. Entspre-

chend war der Abriss schon vor Jahren beschlossene Sache. Auch das Petitionsverfahren bestätigte dieses Ergebnis.

Auch öfter gefragt wird, warum der Landkreis Karlsruhe seinen Dienstsitz nicht im Landkreis Karlsruhe, sondern im Stadtkreis Karlsruhe hat? Es könnte doch günstiger sein, das Grundstück in Karlsruhe zu veräußern und nach Ettlingen oder Bruchsal zu ziehen.

Auch das wurde untersucht. Weder in Bruchsal, noch in Bretten oder Ettlingen zeichnet sich eine wirtschaftlichere Lösung ab. Vor allem aber kann der Kreistag nicht einfach beschließen, den Dienstsitz des Landratsamtes zu ändern. Als in den 70er Jahren die Gemeindegebietsreformen vollzogen wurden, wurden auch die Landkreise neu gefasst. So kamen zum Landkreis Karlsruhe der ehemalige Landkreis Bruchsal und Gemeinden aus anderen Landkreisen hinzu. Es galt, Kompromisse zu schließen bei der räumlichen Verteilung von Behördensitzen. So auch bei den Dienstsitzen der Landratsämter. Die Kreisverwaltung hat vom Innenministerium die Rückmeldung, dass auf Landesebene keine Notwendigkeit gesehen wird, das Gesetz zur Festlegung der Landratsamtsdienstsitze zu ändern. Ähnlich wurden vergleichbare Anfragen anderer Landkreise in den vergangenen Jahren immer wieder beantwortet. Zu groß ist offenbar die Befürchtung in Stuttgart, in kommunalpolitische Diskussionen hineingezogen zu werden und die „Verteilungskämpfe“ der 70er Jahre um Infrastruktur wieder zu eröffnen. Der Landkreis Karlsruhe behält also seinen Dienstsitz in Karlsruhe.

Wer sich für dieses Großprojekt unseres Landkreises interessiert, findet weiterführende Informationen, Druckvorlagen der Kreistagsgremien und vieles mehr bis hin zum Bautagebuch selbstverständlich auch online unter:

<https://bauprojekt.landkreis-karlsruhe.de>

Michael Möslang



Kompetenz aus und für Linkenheim - Hochstetten



Allianz Zentrum Bruchsal Daniel Schneider

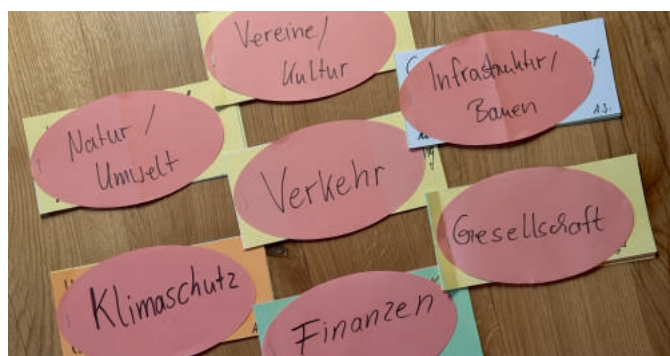
Allianz Hauptvertreter
Bismarckstr. 2, 76646 Bruchsal
☎ 0 72 51.509 74 44, ☎ 0 72 51.509 74 43
vertretung.schneider@allianz.de
daniel-schneider-allianz.de



„Dafür stehen wir!“ – CDU erarbeitet ihre Kernthemen

Im Jahr 2017 hat sich die CDU Linkenheim-Hochstetten zuletzt damit beschäftigt, welche Positionen und Themen ihr für unsere Gemeinde wichtig sind und wofür sie sich einsetzen will. Mit der Fragestellung „Wofür stehen wir?“ haben wir uns in einen Workshop begeben und seinerzeit fünf Schwerpunktthemen erarbeitet, die dann auch einen Baustein in unserem zur gleichen Zeit neu gestalteten Internetauftritt gebildet haben.

Jetzt, sechs Jahre später, haben wir die damals erstellten Aussagen auf den Prüfstand gestellt, die Aktualität der Aussagen überprüft und überlegt, welche Themen neu hinzugekommen sind. So haben wir bei unserem Workshop im Juni eine vielfältige Stichwortsammlung



erarbeitet, die wir im Anschluss in zunächst sieben Themen geclustert haben (siehe Foto).

Im nächsten Schritt wurden diese Stichworte in Texte gefasst. Dabei haben wir ein Cluster nochmal gesplittet, so dass jetzt acht Hauptthemen daraus geworden sind. In der Vorstandssitzung im September haben wir dem Ganzen nochmal den letzten Feinschliff gegeben und haben die neu erarbeiteten Kernthemen der CDU Linkenheim-Hochstetten Mitte Oktober veröffentlicht. In der Gesamtsicht sind wir jetzt weggegangen von der Frage „Wofür stehen wir?“ hin zur Aussage „Dafür stehen wir!“

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann scannen Sie den QR-Code und lesen Sie auf unserer Internetseite, was unsere Themen, unsere Schwerpunkte und unsere Ziele für Linkenheim-Hochstetten sind. Wir sind auch daran interessiert, gemeinsam mit Ihnen an diesen Themen weiterzuarbeiten. Geben Sie uns deshalb gerne Feedback und bringen Sie Ihre Ideen und Anregungen für ein lebenswertes Linkenheim-Hochstetten ein. Schreiben Sie in dem Fall gerne eine E-Mail an



info@cdu-linkenheim-hochstetten.de

Termine

Bitte merken Sie sich schon folgende Termine vor:

18.11.2023 11.00 bis 15.00 Uhr „Schlachtfest“
Anglerheim Linkenheim

Bitte beachten Sie hier unsere Veranstaltungshinweise
In der Rheinschau, im Internet und auf Facebook.

Kontakt zu uns

Wir würden uns freuen, wenn wir mit diesem Blickpunkt Ihr Interesse an der CDU Linkenheim-Hochstetten sowie der Jungen Union, der Frauen Union und der Senioren Union wecken konnten. Wenn Sie also Lust bekommen haben, bei uns mitzumachen, dann nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Aber auch sonst freuen wir uns über Rückmeldungen von Ihnen. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen auf.

info@cdu-linkenheim-hochstetten.de

blickpunkt

Impressum:

Verantwortlich: Andreas Stampfer
Herausgeber: CDU-Gemeindeverband Linkenheim-Hochstetten
Blankenlocher Str. 35
76351 Linkenheim-Hochstetten
Telefon 07247/3576

www.cdu-linkenheim-hochstetten.de

Redaktion: Klaus Kreuser
Andreas Stampfer

Satz: Klaus Kreuser
Anzeigenverwaltung: Tanja Kössler